

Gesunkenes Risikopotenzial für Finanzkrisen und verbesserte wirtschaftliche Perspektiven für 2003/2004 in Mittel- und Osteuropa

Die aktuellen Berechnungen einer regelmäßig durchgeführten Frühwarnindikatorenanalyse des IWH ergaben, dass sich das Risikopotenzial für Finanzkrisen für die Mehrzahl der Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas verringerte. Dahinter stand eine durchgängige Verbesserung der monetären Indikatoren, die eine Verschlechterung der realwirtschaftlichen Indikatoren in einigen Ländern kompensierte. Eine Ausnahme stellt Ungarn dar, wo sich der Konflikt zwischen einer expansiven Fiskalpolitik und einer restriktiven Geldpolitik zuletzt zuspitzte. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts schwächte sich 2002 ab, lag aber mit Ausnahme von Polen und Tschechien bei über 3%. Dieser Anstieg wurde vorrangig von der Binnennachfrage und weniger vom Export getragen. Im Rahmen der Binnennachfrage nahm der private Konsum durchgängig zu, während der öffentliche Konsum und die Investitionstätigkeit eher uneinheitlich in der Region ausfielen. Für das Jahr 2003 ist mit weiteren geldpolitischen Stabilisierungs- und fiskalpolitischen Konsolidierungsbemühungen zu rechnen. Da sich das Exportwachstum wieder deutlich beschleunigen wird, ist insgesamt mit einer leichten Verstärkung des BIP-Zuwachses auf 3,4% in Mitteleuropa und dem Baltikum und 3,7% in Russland zu rechnen. Die Inflation wird sich im laufenden Jahr wegen des Ölpreisanstiegs in den meisten Ländern wieder etwas beschleunigen, im Jahr 2004 dagegen sinken. Im Jahr 2004 wird das Wirtschaftswachstum weiter zunehmen, vorausgesetzt allerdings, ein militärischer Konflikt um den Irak kann vermieden werden.

Frühindikatoren zeigen Anzeichen für abnehmendes Risikopotenzial

Das IWH führt regelmäßig Untersuchungen für die mittel- und osteuropäischen Länder durch, die auf der Grundlage von verschiedenen Frühwarnindikatoren² die Aufdeckung von Krisengefahren ermög-

lichen. Die aktuelle Berechnung basiert auf Daten für den Untersuchungszeitraum von April 2001 bis September 2002. Im Gegensatz zu der letzten Bewertung,³ die Daten bis zum März 2002 einschloss, zeigte sich für fast alle Länder eine Abschwächung der Risiken für den Ausbruch einer Finanzkrise (vgl. Abbildung 1). Dabei signalisiert der aus den Einzelindikatoren (vgl. Abbildung 2) ermittelte Gesamtindikator signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien und Slowenien zeichnen sich durch geringe Risikopotenziale aus. Das Gefahrenpotenzial für Polen und die Slowakei fiel zwar gegenüber dem Beginn der Untersuchungsperiode (April 2001) höher aus, schwächte sich allerdings in den letzten Monaten der Periode ab. Eine Ausnahme bildet Ungarn, wo das Risiko einer Finanzkrise bis zum aktuellen Rand zunahm.

Besonders stark fällt die Wende zu einer Verbesserung in Polen auf. Nach dem seit Anfang 2001 anhaltenden Anstieg des Risikopotenzials ist anhand der Indikatorwerte nun eine Entspannung eingetreten. Dieser Fortschritt kann auf die deutliche Verbesserung der geld- und währungspolitischen Indikatoren zurückgeführt werden. Die Ausweitung der Geldmenge wurde im Bankensektor durch die Einschränkung der inländischen Kreditaufnahme gebremst. Gleichzeitig schwächte sich der Kapitalabzug aus dem Bankensystem ab. Das Verhältnis der ausländischen Komponente zum gesamten Geldangebot verbesserte sich leicht als Folge einer leichten Abwertung des Zloty. Diese Abwertung verminderte den realen Aufwertungsdruck, unter dem die polnische Wirtschaft seit einigen Jahren gelitten hatte.

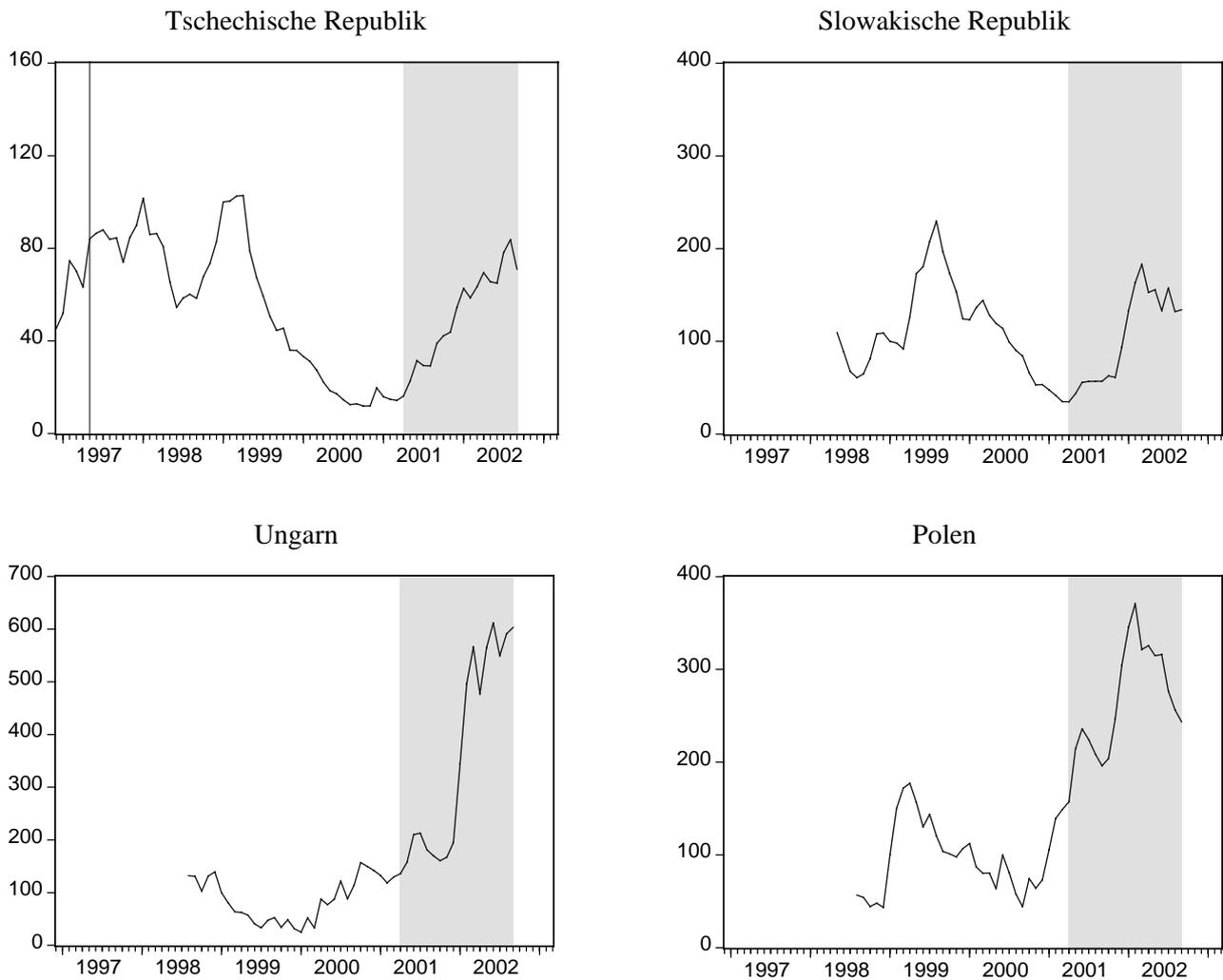
Dennoch bleiben Leistungsbilanzdefizite ein Thema im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum. Weitere Verschlechterungen des Saldos ergaben sich im Laufe des Untersuchungszeitraums (April 2001 bis September 2002) aber weniger

² Zur Untersuchungsmethode vgl.: BRÜGGEMANN, A.; LINNE T.: Die Bestimmung des Risikopotentials von Finanzkrisen anhand eines Frühwarnindikatorensystems. Eine Untersuchung der EU-Beitrittskandidatenländer und ausgewählter Staaten Mittel- und Osteuropas. Schriften des IWH, Band 13. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002. Die Berechnungen wurden auch in BRÜGGEMANN, A.;

LINNE T.: Unterschiedliche Risikopotenziale für Währungszurbulenzen in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 13/1999, S. 8-12 ausführlich beschrieben.

³ Vgl. KÄMPFE, M.; LINNE, T.: Gestiegenes Risikopotenzial für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Gegenmaßnahmen dämpfen die Konjunktur, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2002, S. 356-359.

Abbildung 1:
Verlauf des Risikoindicators für ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder



Anmerkung: Ein Anstieg des Indicators bedeutet eine Erhöhung des Risikopotentials für eine Finanzkrise. Der Indikator ist normalisiert d. h. 1999:1 = 100.
Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

durch ein sich rasch beschleunigendes Importwachstum, sondern eher durch die Verlangsamung des Exportwachstums. Das zeigt sich in der Verbesserung des Importindicators bei allen Ländern der Region infolge einer abgeschwächten Zunahme der Gesamtnachfrage.

Der Exportindikator weist auf eine deutliche Anspannung der außenwirtschaftlichen Lage für Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn; diese Länder waren von der schwachen Nachfrageentwicklung in der EU besonders betroffen. Der Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit – der reale Wechselkurs – zeigt nur für Tschechien und Ungarn eine Verschlechterung. Die Währungen der beiden Länder werteten auch nominal gegenüber dem Euro auf, während der Indi-

kator für Polen und die Slowakei eine Abschwächung der realen Aufwertungstendenz berichtet.

Für die baltischen Staaten, Slowenien, Bulgarien und Rumänien signalisiert der Exportindikator keine bedeutsame Verschlechterung in der Exportleistung während des gesamten Untersuchungszeitraums. In diesen Staaten setzte sich das Wachstum auf einem stabilen, von der Inlandsnachfrage gestützten Pfad fort.

Aus Sicht des Frühwarnindikatorenansatzes lastet auf einigen Ländern ein zu hohes fiskalisches Defizit. Dazu gehört neben Slowenien, Polen, die Slowakei und Ungarn auch Tschechien, das ein nur geringes und gegenüber dem Jahr 2001 sogar gesunkenes Defizit aufweist (vgl. Tabelle 1). Dies ist damit zu erklären, dass der Signalansatz nicht auf

Abbildung 2:
Verhalten der Indikatoren von April 2001 bis September 2002

	Budget- defizit	Industrie- produk- tion	Ex- porte	Im- porte	Realer Wechsel- kurs	Bank- einlagen	M2 Multi- plikator	Kreditge- währung/ BIP	Devisen- reser- ven	M2/ Devisen- reserven	Kurzfr. Auslands- verschul- dung	Kredit-/ Ein- lagezins
Ungarn	●	●	●	⊗	●	⊗	⊗	⊗	●	●		●
Slowakei	●	●	●	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗		⊗	⊗	⊗
Tschechien	●	●	●	⊗	⊗		⊗			⊗	⊗	●
Polen	●	●	●		⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	●
Estland	⊗	⊗		⊗			⊗		⊗	⊗	⊗	●
Rumänien	⊗	⊗		⊗	⊗		⊗				⊗	●
Slowenien	●	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	
Litauen	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	●
Lettland	⊗	⊗			⊗			⊗	⊗	⊗		⊗
Bulgarien		⊗		⊗			⊗	⊗		⊗		⊗

● = starkes Signal; ⊗ = schwaches Signal; – Kein Eintrag bedeutet, dass der Indikator kein Signal während des Betrachtungszeitraumes sendete.

Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

die absolute Höhe des aktuellen Defizits blickt, sondern diesen in Relation zu einem Schwellenwert setzt, der empirisch aus allen Beobachtungen der Vergangenheit ermittelt wird. Historisch gese-

hen ergibt sich im Falle Tschechiens tatsächlich eine trendmäßige Verschlechterung (vgl. Abbildung 3).⁴

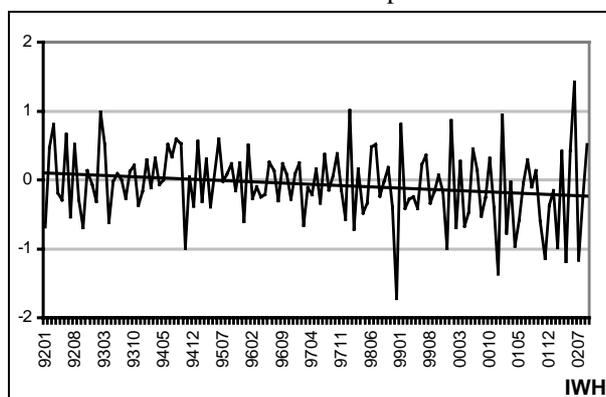
Tabelle 1:
Saldo des Staatshaushalts^a
- in % des Bruttoinlandsprodukts -

	31.12.2001	31.03.2002	30.06.2002	30.09.2002
Polen	-4,32	-9,24	-6,80	-5,23
Slowakei	-4,49	-6,20	-4,76	-4,05
Tschechien	-3,14	-2,98	-0,08	-1,29
Ungarn	-2,79	-5,02	-4,53	-4,20

^a Zentralhaushalt; kumulierte Werte.

Quellen: WIIW-Datenbank; Nationale Statistiken.

Abbildung 3:
Monatlicher Budgetsaldo in Tschechien
- in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

Diese zu hohen Defizite stehen im Kontrast zur Verbesserung der geldpolitischen Indikatoren. Dieser Kontrast dokumentiert einen Konflikt zwischen einem expansiven fiskalpolitischen Kurs und einer restriktiven Geldpolitik, der insbesondere in Polen, der Slowakei und Ungarn noch nicht gelöst werden konnte.⁵ Mit Blick auf die Inflationsgefahren, die aus der hohen Staatsverschuldung resultieren, sahen hier die Zentralbanken keinen Spielraum für eine Rückführung ihrer Leitzinsen, die auch eine Realzinssenkung ermöglicht hätte (vgl. Tabelle 2). Hingegen nahm die Tschechische Nationalbank Schritte zur deutlichen Herabsenkung des Referenzzinssatzes unter das Niveau im Euroraum vor. Die Leitzinsreduktion geschah hier ungeachtet der trendmäßigen Verschlechterung der fiskalischen Situation.

Während Polen, die Slowakei und Ungarn im letzten Quartal 2002 zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses ausländischer Kapitalanleger gerieten, trug in Tschechien die Zinssenkung zu einer Abnahme des Zustroms an spekulativem Ka-

⁴ Die verwendeten Daten beinhalten auch die Finanztransaktionen des Staates, wie z. B. Privatisierungseinnahmen. Der Ausschluss dieser Transaktionen führt zu einer wesentlichen Verschlechterung des Budgetsaldos in einzelnen Jahren.

⁵ Auf den Beginn dieses Konflikts wiesen Kämpfe und Linne im vorhergehenden Bericht hin. Vgl. KÄMPFE, M.; LINNE, T., a. a. O.

pital bei. In den drei erst genannten Ländern wurden vorwiegend staatliche Anleihen nachgefragt. Die Begeisterung für diese Anlageform in der Region wurde durch positive Nachrichten über den EU-Beitritt nach dem guten Ausgang der irischen Volksabstimmung und der Aufstellung eines konkreten Zeitplans für den Erweiterungsprozess ausgelöst. Der von den Ländern angestrebte baldige Beitritt in die Wirtschafts- und Währungsunion lässt eine signifikante Senkung der zur Zeit hohen Zinssätze in der Region erwarten. Die Anleger versuchen gegenwärtig, die noch hohen Zinsen für sich zu sichern und später Kursgewinne zu realisieren. Im Lichte der positiven Zukunftsaussichten wird offenbar auch nur ein minimales Risiko für Zahlungsausfälle angenommen.

Tabelle 2:
Leitzinsen der Zentralbanken

	31.12.2001	31.03.2002	30.06.2002	30.09.2002
Polen	11,50	10,00	8,50	7,50
Slowakei	8,80	7,75	8,25	8,25
Tschechien	3,75	3,25	2,75	2,00
Ungarn	9,75	8,50	9,00	9,50

Quelle: Zentralbanken der aufgeführten Länder.

Allerdings sind diese Kapitalzuflüsse für die betroffenen Länder auch ein Risikofaktor. Eine relativ schnelle Umkehr könnte dann eintreten, wenn Zweifel an der raschen Erfüllung der Konvergenzkriterien für den Beitritt in den Euroraum aufkommen. Zusätzlich zwingen die Zuströme die Zentralbanken zu einer Erosion der Hochzinspolitik und gefährden die Inflationsbekämpfung, wenn die Währungspolitik versucht, einer unerwünschten nominellen Aufwertung der heimischen Währung vorzubeugen.

Ungarn: Risikopotenzial weiter gestiegen

Besonders deutlich wird diese Problematik für das im Fokus der Anleger stehende Ungarn, wo die höchsten Zinssätze der gesamten Region gelten. Die selbstauferlegte Verpflichtung, den Wechselkurs gegenüber dem Euro innerhalb eines bestimmten Bandes zu halten, zwang die Nationalbank zur wiederholten Absenkung des Refinanzierungssatzes zwischen November 2002 und Januar 2003, da Interventionen zur Abwehr eines Ausbrechens des Wechselkurses aus dem Schwankungskorridor nicht mehr ausreichten. Doch beide Alter-

nativen der Einflussnahme auf dem Devisenmarkt erhöhen für das Land die Inflationsgefahr und verzögern möglicherweise die Erfüllung der Konvergenzkriterien für den Beitritt zur Währungsunion. Dadurch wird zwar der Beitritt in die EU auf keinen Fall aufgeschoben, da die Frage der nominalen Konvergenz kein Gegenstand der Beitrittsverhandlungen war. Doch kann sich die Stimmung der Anleger gegen die ungarischen Anleihen und die ungarische Währung wenden. Die Gefahr starken Kapitalzuströms für die Volkswirtschaft wird hierdurch sichtbar.

Doch bereits vor diesen Ereignissen war das Risikopotential für eine Finanzkrise, das ohnehin schon auf einem hohen Niveau lag, gestiegen (vgl. Abbildung 1). Die Ursachen hierfür lagen vor allem noch an realwirtschaftlichen Faktoren; schwache Dynamik der Exporte und der Industrieproduktion, Ausweitung des Differentials zu den ausländischen Realzinsen und starke reale Aufwertung des Forint gegenüber dem Euro. Letztere wurde auch durch die stetige nominale Aufwertung seit der Öffnung der Bandbreite für Schwankungen des Wechselkurses im Mai 2001 verstärkt.

Zum Ende des Untersuchungszeitraums ist das Defizit des Staatsbudgets so rasant angewachsen, dass auch das entsprechende Warnsignal unter den Frühindikatoren aufleuchtete. Die Regierung hat nun im Budgetgesetz für 2003 Korrekturen bei den öffentlichen Ausgaben verankert, die auf eine Halbierung des Defizits hinauslaufen. Sofern dies spürbar realisiert würde, könnte die Inflationsgefahr abnehmen und der Spielraum für Zinssenkungen durch die Nationalbank größer werden.

Wirtschaftliche Entwicklung der Region blieb 2002 trotz Abschwächung robust

Bei allen Ländern reflektieren einige Warnsignale des Indikators eine Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr. Das reale Bruttoinlandsprodukt schwächte sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas gegenüber dem Vorjahr zwar ab (vgl. Tabelle 3), blieb aber höher als in der EU. Aufgrund der noch immer geringen Nachfrage aus den EU-Ländern gingen keine wesentlichen Impulse vom Außenhandel auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Die Binnennachfrage erwies sich in den Ländern jedoch als stabile Stütze, sodass die wirtschaftliche Expansion vergleichsweise robust verlief; in der Slowakei war sogar eine Beschleunigung des BIP-Wachstums zu

Tabelle 3:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
		in %				in %				in %			
		2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
Polen	25,4	1,0	1,3	2,8	3,5	5,5	1,9	2,5	2,5	17,5	18,1	17,8	17,0
Tschechien	7,9	3,3	2,5	3,0	4,0	4,7	1,8	2,0	2,5	8,6	9,2	10,0	9,0
Ungarn	7,2	3,8	3,2	3,6	4,2	9,2	5,3	6,5	4,0	5,7	5,7	5,5	5,0
Rumänien	5,5	5,3	4,5	4,6	4,8	32,9	22,8	17,0	14,0	8,6	10,2	10,0	9,5
Slowakei	2,8	3,3	4,0	3,3	4,0	7,3	3,4	5,0	4,5	18,3	17,8	17,5	17,0
Slowenien	2,6	3,0	3,0	3,5	4,0	8,4	7,5	7,0	5,0	6,4	6,5	6,4	6,2
Bulgarien	1,9	4,0	4,0	4,3	5,0	7,4	5,8	5,5	4,0	18,9	17,7	17,2	16,2
<i>Mittleuropa^a</i>	<i>53,4</i>	<i>2,5</i>	<i>2,4</i>	<i>3,2</i>	<i>3,9</i>	<i>9,1</i>	<i>5,0</i>	<i>4,9</i>	<i>4,2</i>	<i>13,1</i>	<i>13,5</i>	<i>13,3</i>	<i>12,6</i>
Estland	0,8	5,0	5,2	5,0	5,0	5,7	3,6	4,5	3,7	12,6	10,5	10,0	9,5
Lettland	1,1	7,6	5,0	5,5	6,0	2,5	2,0	2,5	2,0	13,0	13,5	12,0	12,0
Litauen	1,7	5,9	5,9	5,0	5,5	1,3	-0,1	1,5	1,5	17,0	16,6	14,0	14,0
<i>Baltische Länder^a</i>	<i>3,5</i>	<i>6,2</i>	<i>5,5</i>	<i>5,2</i>	<i>5,5</i>	<i>2,6</i>	<i>1,3</i>	<i>2,5</i>	<i>2,1</i>	<i>14,8</i>	<i>14,4</i>	<i>12,6</i>	<i>12,5</i>
<i>Mittleuropa und Baltikum^a</i>	<i>56,9</i>	<i>2,7</i>	<i>2,6</i>	<i>3,4</i>	<i>4,0</i>	<i>8,7</i>	<i>4,8</i>	<i>4,8</i>	<i>4,0</i>	<i>13,2</i>	<i>13,5</i>	<i>13,3</i>	<i>12,6</i>
Russland	43,1	5,0	4,3	4,0	4,0	21,6	16,0	14,0	12,0	8,9	8,0	8,0	7,0
<i>Mittelosteuropa^a</i>	<i>100,0</i>	<i>3,7</i>	<i>3,3</i>	<i>3,6</i>	<i>4,0</i>	<i>14,3</i>	<i>9,6</i>	<i>8,7</i>	<i>7,5</i>	<i>10,6</i>	<i>10,2</i>	<i>10,1</i>	<i>9,2</i>

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar; Arbeitslosenquote standardisiert und gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2002: Schätzung des IWH; 2003 und 2004: Prognose des IWH.

verzeichnen. Insgesamt lag der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in der Region Mitteleuropa und Baltikum mit 2,6% nur knapp unter dem des Vorjahres, wobei der Durchschnitt vor allem durch das geringe Wachstum der zweitgrößten Volkswirtschaft (Polen) beeinflusst wurde. Die Wachstumsabschwächung Russlands, der größten Volkswirtschaft, bewirkte, dass die BIP-Wachstumsrate der gesamten Region Mittel- und Osteuropa von 3,7% im Jahre 2001 auf 3,3% im vergangenen Jahr abnahm.

Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die bereits seit einigen Jahren zu beobachten ist: belebende Impulse kommen immer weniger von der Außennachfrage, dagegen leistet die Binnennachfrage einen zunehmenden Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien wurde die Nachfrage in den Ländern durch umfangreiche staatliche Investitionsprogramme, Stützungen bei der Anhebung administrierter Preise oder Gehaltserhöhungen im öf-

fentlichen Dienst belebt. Dieser politisch herbeigeführte Wechsel in den Auftriebskräften ist für kleine offene Volkswirtschaften, wie es die Länder der Region mit Ausnahme Russlands sind, nicht unproblematisch. Insbesondere stellt sich die Frage, wie die mit einer expansiven Ausrichtung der Fiskalpolitik einhergehende Zunahme der Binnennachfrage mit einer weiterhin erforderlichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vereinbar ist. Die privaten Investitionen wuchsen nur in den baltischen Ländern nochmals kräftig; in den übrigen Ländern blieb ihr Wachstum unter dem des Vorjahres. In zwei Ländern (Polen und Slowakei) sanken die Investitionen. In Polen trat erstmals seit einigen Jahren wieder im Jahresverlauf eine leichte konjunkturelle Belebung ein, die auf den privaten Konsum und einen stärkeren Anstieg der Exporte gegen Jahresende zurückging.⁶

⁶ Vgl. UN-ECE: Economic Survey of Europe, 2002 No. 2, S. 19.

Auch in Russland, das über Jahre seine Wachstumsimpulse vor allem aus dem Export von Rohöl und Rohstoffen erhielt, entwickelte sich die Inlandsnachfrage im vergangenen Jahr zur vorrangigen Auftriebskraft. Wegen der Abflachung des Welthandels kam es zu einer weiteren Abschwächung des Produktionsanstiegs insbesondere in der Ölindustrie, der Metallverarbeitung, im Maschinenbau und der Papierindustrie. Zusammen mit einer durch die Inlandsnachfrage getragenen Importzunahme führte dies zu einer Reduzierung des Außenbeitrages. Diese Entwicklung ging mit einem deutlich geringeren Anstieg der Investitionen einher, da sich die Finanzlage der Unternehmen verschlechterte. Der private Konsum nahm abermals stark zu, bedingt durch kräftige Steigerungen der Löhne und Sozialtransfers.

Der Rückgang der Inflation setzte sich in allen Ländern der Region im vergangenen Jahr fort. Dies war einerseits das Ergebnis guter Ernten, die zu einem nur gedämpften Anstieg der Nahrungsmittelpreise beitrugen. Hinzu kam die nominale Aufwertung der meisten Währungen. Andererseits hatte die gezielte Strategie der Zentralbanken zur Inflationsrückführung (inflation targeting) im Hinblick auf die Erfüllung des Stabilitätskriteriums im Vorfeld des EU-Beitritts ihren Anteil am Inflationsrückgang. In Polen und der Slowakei wurde das Inflationsziel der Zentralbank sogar übertroffen. Dies gilt auch für Tschechien, obwohl hier die Nationalbank weniger restriktiv agierte. Gefahren drohen jedoch von der Fiskal- sowie von der Einkommenspolitik: Die Nominallohnsteigerungen lagen über der Steigerung der Produktivität.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig. In den meisten Ländern verharrte die Arbeitslosigkeit aufgrund fortgesetzter Umstrukturierungen auf hohem Niveau oder stieg sogar noch leicht. Der private Sektor expandierte zwar, konnte aber die freigesetzten Arbeitskräfte nicht vollständig absorbieren. In einigen Ländern ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit auch durch die Abschwächung der Wirtschaftsleistung zu erklären.

2003: konjunkturelle Dynamik nimmt zu

Die wirtschaftliche Entwicklung wird sich in der gesamten Region in den Jahren 2003 und 2004 trotz einiger aktueller Risiken wieder beleben; dies geht insbesondere auf die beiden größten Volkswirtschaften Polen und Russland zurück. Für die

Prognose wird unterstellt, dass die Nachfrage in der EU im Zuge der weltwirtschaftlichen Konjunkturerholung im Verlaufe von 2003 wieder ansteigt. Außerdem wird ein gegenüber dem Durchschnitt des vergangenen Jahres um 25% gestiegenes Erdölpreisniveau angenommen,⁷ das sich zu Beginn dieses Jahres vor dem Hintergrund eines schwelenden Konfliktes um den Irak herausgebildet hat. Dies wird in den rohölabhängigen mittel- und osteuropäischen Ländern über eine entsprechende Inflationswirkung die inländische Nachfrage dämpfen. Ein steigender Rohölpreis wird die Finanzlage der russischen Erdölunternehmen dagegen verbessern und erfahrungsgemäß einen belebenden Impuls auf die Konjunktur haben.

Gleichwohl wird die Binnennachfrage auch 2003 der wichtigste Nachfragefaktor bleiben. Vor allem in Polen, wo sich gegen Ende des vergangenen Jahres die Anzeichen für eine allmähliche Erholung verdichtet haben, ist eine wirtschaftliche Belebung zu erwarten. Dagegen wird durch die geplanten Maßnahmen zum Abbau des Budgetdefizits in der Slowakei eine merkliche Dämpfung der wirtschaftlichen Expansion und in Ungarn nur eine leichte Erholung einsetzen. In Russland wird das reale Bruttoinlandsprodukt bei etwa 4% verharren. In der gesamten Region werden nach 3,3% BIP-Wachstum im vergangenen Jahr durchschnittlich 3,6% in diesem Jahr erreicht werden. Im nächsten Jahr – 2004 – ist mit einem Anziehen der Auslandsnachfrage zu rechnen, wodurch die dämpfenden Effekte der fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen teilweise kompensiert werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird in Mitteleuropa und dem Baltikum im Jahr 2004 durchschnittlich um 4,0% zulegen.

Begleitet wird die wirtschaftliche Entwicklung allerdings von einem ölpreisinduzierten Preisauftrieb, der trotz der Stabilisierungsbemühungen im laufenden Jahr 2003 in vielen Ländern zu einem leichten Anstieg der Inflationsrate beitragen wird. Im Jahr 2004 wird sich die Inflationsrate dagegen abschwächen, wenn der Ölpreis wieder auf sein Vorkrisenniveau fällt.

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

Ibolya.Mile@iwh-halle.de

⁷ Laut Annahme steigt der Erdölpreis von durchschnittlich 24 US-Dollar je Barrel 2002 auf 30 US-Dollar je Barrel 2003.